

Antragsnummer: Ini3

Antragsteller: Unterbezirk Bayreuth

Weiterleitung an: SPD Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz, SPD Landesparteitag

Für ein effektives globales Klimaabkommen in Paris

Im Dezember dieses Jahres findet die Weltklimakonferenz in Paris statt. Dort soll ein neues Weltklimaabkommen verabschiedet werden, welches das Kyoto-Protokoll ablösen soll. Nach dem Scheitern der Verhandlungen 2009 in Kopenhagen ist die Weltgemeinschaft nun gefordert, ein effektives und ambitioniertes Abkommen auf den Weg zu bringen, welches darüber hinaus fair und gerecht ist.

Um dieses Ziel zu erlangen sind vorrangig die klassischen Industriestaaten in der Pflicht. Durch die Emissionen innerhalb der letzten Jahrzehnte und Jahrhunderte haben diese eine historische Verantwortung zu schultern, welcher Tribut gezollt werden muss. Natürlich ist es schwer die heutige Generation für das Verhalten früherer Generationen in Haftung zu nehmen, welche sich zudem nicht der Auswirkungen ihrer Aktivitäten bewusst waren. Erst seit den 1980er Jahren gibt es einen wissenschaftlichen Konsens der menschengemachten globalen Erwärmung, die Phase der Industrialisierung und damit der Verbrennung fossiler Brennstoffe begann bekanntlich aber bereits im 19. Jahrhundert. Allein dieser Aspekt zeigt auf, wie schwer diese Angelegenheit unter ethischen Standpunkten zu bewerten ist und wie stark hierbei Aspekte wie Solidarität und Gerechtigkeit mit hinein spielen. Aus diesem Grund handelt es sich um ein Thema, das für die Sozialdemokratie von höchster Bedeutung und Relevanz ist.

Doch nicht nur hinsichtlich der Definierung der historischen Verantwortung und der Übersetzung dessen in Verpflichtungen gilt es eine Lösung zu finden. Ebenso muss von Belang sein, dass Länder, die einen zu den Industrieländern mindestens vergleichbaren Entwicklungsstand erreicht haben, einen fairen Anteil leisten. So besitzt beispielsweise Katar die höchsten Pro-Kopf-Emissionen aller Staaten und verfügt über umfangreiche finanzielle Spielräume. Auch weitere Golfstaaten wie Saudi-Arabien, sowie weitere Länder aus anderen Weltregionen, haben sich bislang nicht durch die Ankündigung von Klimaschutzverpflichtungen hervorgetan, obwohl sie die Kapazitäten besitzen würden. Stattdessen wird teilweise lieber in der Gruppe der Entwicklungsländer gesonnt und gegen die nicht ausreichenden Beiträge der Industriestaaten gewettert. Eine Unterteilung der Welt in Industrie- und Entwicklungsländer passt jedoch nicht mehr in die heutige globalisierte Zeit. Aufgrund dessen wird im Klimabereich immer wieder das CBDR-Prinzip, das Prinzip der gemeinsamen aber

unterschiedlichen Verantwortung (engl. common but differentiated responsibility) angeführt, welches die jeweiligen nationalen Umstände beachten und die jeweils erforderlichen Länderbeiträge ableiten soll. Eine Einigung hinsichtlich dieses Prinzips ist absolut unumgänglich, um in Paris die Verhandlungen zu einem Erfolg zu führen.

Das CBDR-Prinzip besagt jedoch nicht nur, dass Industrieländer und einige Entwicklungsländer einen höheren Beitrag leisten müssen. Ebenso kann darunter verstanden werden, dass die am wenigsten entwickelten und die durch den Klimawandel am meisten betroffenen Länder in ihren Bemühungen zur Anpassung unterstützt und bei ihren klimabedingten Verlusten entschädigt werden müssen. Inselstaaten, deren territoriale Integrität durch den Meeresspiegelanstieg gefährdet ist, tropische Länder, über welche ein Taifun oder Hurrikan nach dem anderen hinwegfegt und zur Verwüstung führt, und auch die am wenigsten entwickelten Staaten, deren vordergründiges Ziel die Beseitigung der Armut ist und sein muss, brauchen allesamt Unterstützung durch die Staatengemeinschaft. Hier ist internationale Solidarität von Nöten, diese Menschen dürfen nicht alleine gelassen werden.

Wir fordern daher, dass die SPD klar Stellung für mehr Klimaschutz bezieht. Die Energiewende muss konsequent fortgesetzt werden, fossile Kraftwerke müssen ebenso wie Atomkraftwerke nach und nach abgeschaltet und durch erneuerbare Energieträger ersetzt werden. Außerdem muss das europäische Emissionshandelssystem endlich wieder eine entscheidende und effektive Rolle im Klimaschutz einnehmen. Das Backloading von 900 Millionen CO₂-Zertifikaten³ ist hierzu nur ein erster Schritt um das Überangebot an Emissionszertifikaten zu verringern, welches durch die Wirtschaftskrise entstanden ist. Außerdem muss beachtet werden, dass immer mehr Emissionen bei Produktionsvorgängen ins Ausland verlagert werden, wobei die Endprodukte dann aber wieder hier bei uns vor Ort konsumiert werden. Für Deutschland und die EU bedeuten dies, dass die Verpflichtungen nicht nur effektive heimische Klimaschutzanstrengungen umfassen sollten, sondern auch finanzielle Zusagen zur Unterstützung beim Aufbau von Klimaresilienz und die Einforderung fairer Beiträge anderer Länder. Hierfür gibt es noch viel zu tun. So muss der finanzielle Spielraum des Green Climate Fonds (GCF) unbedingt aufgestockt werden und auch Länder wie die USA, Australien, Kanada und China können noch deutlich mehr leisten. Der SPD kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu, da mit Barbara Hendricks eine Genossin das mit entscheidende Umweltministerium innehat. Nur mit einer progressiven Sozialdemokratie im Bereich der Klimapolitik kann durch ein ambitioniertes Abkommen internationale Solidarität gelebt und Generationengerechtigkeit hergestellt werden.